

Mitschrift der Sitzung des Schulausschusses der Stadt Oldenburg am 01.03.2022

TOP 1 – 3 Regularien

TOP 4 – Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

TOP 5 – Sachstand: Corona in der Schullandschaft

Die Infektionszahlen an Schulen haben sich vom Januar zum Februar in etwa halbiert. Insgesamt kann man eine breite Clusterung feststellen, nur sehr vereinzelt fand die Ansteckung in einer Klasse statt.

Ausblick auf die anstehenden Lockerungen laut KuMi. Berufliche Orientierung wird ab 21.3. wieder möglich sein. Ab 2.5. wird es keine Härtefallregelung mehr geben: ab dann können vulnerable Kinder bzw. aus vulnerablen Haushalten nicht mehr von der Präsenzplicht befreit werden.

Die Fragen, die bei der letzten Sitzung gestellt worden waren, hat die Verwaltung schriftlich an das Land weitergeleitet aber noch keine Antwort erhalten.

Qualität und Sensibilität der Schnelltests: Zur Mai-Sitzung wird ein Experte eingeladen um zu berichten.

Es stehen ausreichend Tests zur Verfügung, sollte es dennoch einen Engpass an einer Schule geben, wird unbürokratisch umverteilt.

TOP 6 – Änderungsantrag zum Rahmenkonzept der CDU

Frau Sachse sagt, dass der Antrag sie überrascht und geärgert hat, denn die Verwaltung ist immer in intensivem Austausch mit der GS Unter dem Regenbogen gewesen und es gibt dort bereits zwei Gruppen für den betreuten Mittagstisch. Die Schulleitung hatte ausdrücklich geäußert, dass kein dritter Mittagstisch benötigt würde oder gewünscht sei.

In Oldenburg gibt es momentan im betreuten Mittagstisch 23 Gruppen mit ca. 400 Kindern (ohne Hort, ohne Ganztags, in diesen Angeboten bekommen auch alle Kinder ein warmes Mittagessen).

Die Stadt bremst den betreuten Mittagstisch nicht, sie setzt ganz im Gegenteil gerade ausdrücklich auch auf dieses Angebot in der Übergangszeit bis zum Ausbau einer Schule zur Ganztagschule.

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann sagt, dass die Schule diesen Wunsch an die CDU-Fraktion herangetragen hätte.

Frau Sachse erwidert, dass die Schule keinen wünscht.

Herr Welp führt aus, dass kein politischer Beschluss erforderlich ist, um einen betreuten Mittagstisch einzuführen. Wenn eine Schule einen solchen wünscht, meldet sie sich bei der Verwaltung und diese setzt das Angebot. Dennoch habe man nach Eingang des Antrags der CDU die Schule erneut angeschrieben und die wieder die Antwort „Nein“ erhalten. Sollte die Schule zukünftig doch einen Mittagstisch wünschen, so würde dieser umgesetzt werden.

Ratsfrau Conty, SPD möchte den TOP als behandelt im Protokoll sehen, da sie weiteren Diskussionsbedarf innerhalb der Fraktion sieht, auch wenn sie die von der Verwaltung angeführten Argumente nachvollziehen kann.

Frau Sachse führt dazu aus, dass die Ausbaureihenfolge der GS aus der Zeit der Einführung des Rahmenkonzeptes stammt. Diese Ausbaureihenfolge ist aus zwei Gründen überholt: (1) gesetzlicher Anspruch auf Ganztagschule und (2) Änderungen in sozialen Aspekten.

Ratsherr Ellberg, SPD, führt aus, dass die GS Unter dem Regenbogen zwar eine konfessionell gebundene Schule ist, dennoch in städtischer Trägerschaft.

Herr Elbers fragt, warum die städtischen konfessionellen Schulen nicht wie die nicht-konfessionellen Schulen gezählt werden. Herr Freede antwortet, dass zwar die Anzahl der Plätze an beiden Schulen gleich gezählt wird, aber die Stadt Eltern eine konfessionelle Schule nicht ebenso zur Erfüllung des Anspruches auf einen Ganztagesplatz empfehlen könne wie eine nicht-konfessionelle Schule. Der Rechtsanspruch wird bei Inkrafttreten nicht sofort an allen Schulen erfüllt werden können. Die Stadt kann dann auf eine angrenzende, nicht-konfessionelle Schule verweisen. Da es bereits eine katholische Ganztags-GS gibt, wird der Ausbau weiterer katholischer GS nach hinten verschoben.

TOP 7 – Anpassung von Schulbezirken

Ratsfrau Mohammed Ali: Warum haben die GS HGT und Etzhorn viele Schüler aus anderen Schulbezirken?

Herr Freede antwortet: Grundsätzlich können Eltern auf Basis des Nds. Schulgesetzes in zwei Fällen einen Ausnahmeantrag an eine Schulleitung zur Aufnahme ihres Kindes außerhalb des Schulbezirkes stellen, dies ist vom Land so vorgegeben und die Stadt kann keinerlei Einfluss darauf nehmen. Die Schulleitung entscheidet frei, solange es freie Kapazitäten an der aufnehmenden Schule gibt. Es gibt noch eine dritte Möglichkeit, einen Antrag auf Aufnahme außerhalb des Schulbezirks zu stellen, und zwar wenn der zuständige Schulbezirk keine Ganztagschule anbietet, die Eltern aber auf eine angewiesen sind.

Ratsfrau Mohammed Ali fragt, ob es sich durch die Anpassung der Schulbezirke ergeben könnte, dass ein älteres Geschwisterkind auf eine GS geht, ein jüngeres auf eine andere. Antwort der Verwaltung: ja. Frau Mohammed Ali: Kann dann ein Ausnahmeantrag gestellt werden? Antwort: Nein, rechtlich nicht möglich.

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann: Es ist schwierig, wie Schulbezirksänderungen in Oldenburg und in anderen Kommunen gehandhabt werden, da sich daraus Probleme ergeben können wie Trennung von Geschwisterkindern, längere und/oder gefährlichere Schulwege, ... CDU möchte keine Schulbezirke.

Frau Sachse führt daraufhin aus, dass manche Eltern es vielleicht sogar begrüßen, wenn Geschwisterkinder nicht an einer Schule sind; das Vorhandensein von Schulbezirken mehrere Vorteile bietet. Das inhaltliche Konzept für Ganztagsbildung sowie die Raumnutzung setzen eine gewisse planbare, verlässliche Zügigkeit voraus. Es gibt eine wichtige sozialräumliche Komponente – so wie die Stadtteile in Oldenburg aufgebaut sind, gäbe es ohne Schulbezirke starke Migrationsbewegungen. Die Schulwege sind sicher, da diese immer auch in Abstimmung mit der Polizei festgelegt werden. Bei Bedarf werden Maßnahmen ergriffen (Beispiel in Vorlage – erst Bau einer Fußgängerampel auf zukünftigem Schulweg, dann Änderung des Schulbezirks).

Ratsfrau Eichhoff fragt, ob die Kinder in der Hannah-Arendt-Straße, die von der Änderung des Schulbezirks der Paul-Maar-Schule betroffen sind, Anspruch auf eine Busfahrkarte haben. Wie sind die Busverbindungen, müssen die Kinder lange im Dunkeln und Regen warten, wenn z. B. der Bus schon um 07.30 Uhr bei der Schule ankommt, der Unterricht aber erst um 08.00 Uhr beginnt.

Ratsfrau Pfeiffer moniert, dass der Schulweg „Am Bahndamm“ gefährlich sei - menschenleer, durch ein Gewerbegebiet (sic).

Antwort der Verwaltung: Die Busverbindung zur GS Krusenbusch ist gut, wenn auch nicht ideal. Bisher gab es keine Probleme mit Busverbindungen. Die Stadt ist bestrebt, alle Schulwege auf 2 km zu begrenzen, aber am Stadtrand gelingt das nicht immer. Alternativ können die Kinder ab einem

gewissen Alter auch mit dem Fahrrad zur Schule fahren. Oder es kann ein Schulexpress eingerichtet werden. Manche Eltern fahren dann mit dem Elterntaxi, was bekanntermaßen Probleme mit sich bringt. Der Schulweg über die Straße „Am Bahndamm“ ist ca. 100-200 m länger als die 2-km-Grenze. Schulwege auf dem Land seien häufig sehr viel weiter, dunkler und einsamer. Es ist nicht möglich, überall an den Stadträndern ausreichend GS zu bauen, damit nie ein Schulweg länger als 2 km ist.

Frau Wolff weist darauf hin, dass es bei der GS Ofenerdiek auch Schulwege > 2 km gibt. Herr Welp antwortet, dass ihm nicht bekannt sei, dass Eltern bisher Anträge auf eine MIA-Karte gestellt hätten. Sollte dies dennoch der Fall sein und es zudem keine geeignete Busverbindung des ÖPNV geben, so würde die Stadt eigens eine Schülerbeförderung einrichten. Dies ist bei der Schule Harlinger Straße bereits so.

Frau Sachse: Nur durch Neubauten von zusätzlichen GS könnten alle Wünsche erfüllt werden.

Frau Conty: Die SPD Fraktion sei über die Anpassungen nicht glücklich, aber da es nicht die Möglichkeit gibt, Räume von einer GS an eine andere GS zu verlegen, müsse dies sein.

Ratsfrau Eickhoff möchte die Äußerung von Frau Sachse, dass manche Eltern es vielleicht sogar begrüßen, wenn Geschwisterkinder auf verschiedene Schulen gehen, so nicht stehenlassen. Das könne sie sich höchstens bei Zwillingen vorstellen. Hier sollte man sich auf Landesebene stark machen, um eine entsprechende Änderung der Ausnahmeanträge zu machen.

TOP 8 Wahlen der politischen Vertreter für in AG

AG Ganztags: Herr Ellberg, SPD; Vertretung Frau Hufeland, Grüne

AG Verpflegung: Frau Hufeland, Grüne; Vertretung Frau Finke, SPD

TOP 9 Umsetzung des IT-Projekts

Sehr ausführlicher Bericht von Herrn Dierkes. Plan 2019: Anbindung an zentrale IT-Betreuung von fünf Schulen als Piloten, dann weitere Schulen. Aus einem Projekt wurden mehrere komplexe Projekte. Ausstehend: iServ-Migration, Telefonie, Cloud-Speicher. Neu hinzugekommen: LAN, WLAN, Breitband, Schul-IT-Team, alte IT parallel weiter betreuen, home schooling, Digitalpakt, MDM mobile device management, Umbau BZTG (Cyberangriff), BBS3, Office 365.

Status: 16 Schulen haben inzwischen einen Internet-Anschluss erhalten, 13 Schulen werden ihn relativ kurzfristig erhalten, 22 Schulen bisher erst Beratung. Bis Ende 2022 wird der Plan eingehalten – dann werden alle Schulen mit schnellem Internet-Anschluss ausgestattet sein.

LAN-Ausstattung: Pilotschule BBS Harentor. Server ist beim KDO. Dreistufiges Datenschutzkonzept. Während des Pilotprojektes hat es einen exponentiellen Bedarfszuwachs gegeben, z. B.:

- Weiterführende Schulen stehen im Wettbewerb zueinander, digitale Angebote mitentscheidend;
- Reaktionen der Hyperscaler (z. B. Google, AWS, ...) auf DSGVO werden umgesetzt;
- Ausbildungsberufe werden zunehmend digitalisiert: vielfältige Fach-Software muss mit betreut werden
- BBS setzen eigene IT-Projekte mit ihrem eigenen Budget auf, aber diese Software muss auch mit zentral eingebunden und betreut werden;
- BZTG ist landesweite Pilotschule für Office 365. Herr Lürßen als Vertreter der Lehrkräfte berichtet, dass in einem zwei- bis dreijährigen Projekt sehr viele Ressourcen in die Verwendung von Open Source gesteckt wurde, weil es die Bestrebung, Richtung Open Source zu gehen und weg von Microsoft, aber da in den Ausbildungsbetrieben MS Office 365

verwendet wird, verfolgt man diesen Weg nicht mehr. Die Lizenz MS Office 365 beträgt 9,95 € pro Jahr, was ein weiteres Argument für diese Variante ist.

Ab 01.07.2022 werden Stellen für fünf lokale IT-Betreuer ausgeschrieben für BBS-spezifische Programme.

Weitere Ausbau der personellen Ressourcen des IT-Teams von Herrn Kunz. Stand 14, Ausbau auf 18 + 5 lokal bei BBS. Alle allgemeinbildenden Schulen werden keinen lokalen Betreuer haben, sie werden einen Ansprechpartner haben, der zentral sitzt.

Diverse Fragen folgen:

Alle Schulen haben heute schon Personal, das sich um IT kümmert – meist Lehrkräfte und oft auch Schulleistenden. Dies soll so bleiben – diese sollen jedoch keine Probleme lösen, sondern Fragen, Probleme und Anforderungen bündeln und an die IT-Betreuung zur Bearbeitung weiterleiten.

Schulen betreuen Leihgeräte selbst.

Herr Welp stimmt Ratsfrau Mohammed-Ali zu, dass dies ein Schwachpunkt ist. Die Verwaltung ist nicht zuständig für den 1st level support, dieser muss über die Schule geleistet werden. Beruht auf der entsprechenden Verordnung bzw. der Stellenbeschreibung aus dem Jahr 1983. Weitere ungeklärte Fragen sind z. B. wer die Eltern-finanzierten Endgeräte für Empfänger von Transferleistungen oder von Lehrkräften finanzieren soll. Hier muss das Land dringend nachsteuern und Entscheidungen treffen, wie offene Fragen beantwortet werden sollen, die sich aus der Digitalisierung ergeben. Verschiedene Lösungsansätze sind z. B. (1) NDS Schulgesetz dahingehend ändern, dass digitale Endgeräte = Lernmittel sind (Land zahlt) oder (2) digitale Endgeräte als eine Leistung des Teilhabepakets klassifizieren (Bund zahlt). Problem wird größer werden – an Gymnasien ist der Bedarf an öffentlicher Finanzierung relativ niedrig und wird durch Fördervereine abgefangen. An IGS und OBS ist dies nicht möglich.

Vertreter der Schulen, Herr Lüßner, merkt an, dass an seiner und vielen anderen Schulen es hoch motivierte, engagierte Lehrkräfte gibt, die Fortbildungen absolvieren und sehr viel Zeit in diese Themen stecken, außerdem noch weitere Freiwillige.

Frau Wolff, Grüne, spricht das Thema der Entsorgung an. Es werden riesige Mengen an digitalen Geräten angeschafft werden, die alle nach einigen Jahren obsolet sein werden. Wird die Entsorgung mitgedacht? Kann man hier nachhaltig unterwegs sein? Herr Welp bietet an, jemand von der AWB zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen.

Sven Lampe als Elternvertreter fragt nach, wie lange ein Einsatz der Geräte geplant ist. Antwort, dass sie so lange verwendet werden, bis kein weiterer Einsatz mehr möglich ist. Frau Sachse führt aus, dass es eine Abwägung zwischen Ressourcen-Schonung, Nachhaltigkeit und State-of-the-art Technologie gibt und fragt, ob dieser Ausschuss der richtige Ort sei, um über die Entsorgungsdetails dieser Geräte (Verwaltung, Schule, privat) zu sprechen. Sie spricht Herrn Dierkes ein großes Dankeschön aus, dass der Plan trotz der Zunahme an Themen weiterhin im Zeitplan ist. Frau Wolff möchte, dass am Thema Nachhaltigkeit Ausschuss-übergreifend weitergearbeitet wird.

TOP 10 Statistik BBS

Frauke van Geuns fragt als Elternvertreterin an, inwieweit diese Statistik aktiv an IHK und Handwerkskammer kommuniziert werden. Herr Welp antwortet, dass es diverse Arbeitsgruppen,

Gremien und Aktivitäten gäbe, bei denen mit diesen Organisationen zusammengearbeitet werde, so z. B. die AG „Übergang Schule-Beruf“ und die Statistiken daher bekannt und einsehbar seien.

TOP 11 Erfolgsplan EGH-Instandhaltung / Instandsetzung Schulgebäude 2022

Sind die Zeitpläne haltbar bei den derzeitigen Herausforderungen (Klimaneutralität, Handwerkerangel, Lieferengpässe, Verteuerung der Materialien)? Bericht ist nur über die Instandhaltung. Sanierungen werden neu bewertet im Hinblick auf energetische Sanierungen und eventuell verschoben. Förderungen für energetische Sanierungen waren bereits in die Planungen einbezogen, diese wurde vor kurzem gestoppt, man geht aber davon aus, dass sie wieder aufgenommen wird.

TOP 12 Bildungsfestival am 23.06.2022

Yvonne Kleeberg ist Bildungskoordinatorin und Ansprechpartnerin für die Bildungsregion. Sie trägt den Planungsstand des Bildungsfestivals vor. Die (Un-)Angemessenheit des Begriffes „Festival“ wird sehr ausführlich diskutiert. Thema täglich und bei dem Bildungsfestival wird sein „Wie bereiten wir unsere Kinder auf die Zukunft vor?“. Herr Kreuz von „Gemeinsam Oldenburg“ (Team für Kommunikation der Stadt) trägt die angedachten Beteiligungskonzepte vor. Es soll eine vorab eine hohe informelle (Bürger-) Beteiligung geben. Jeder Interessierte kann sich für das Festival anmelden. Jeder kann sich bewerben, eine „Session“ zu halten. Dann wird ein gemischtes Gremium aus Ausschüssen, Gremien und Verwaltung drei Projekte/Ideen auswählen, die während des Festivals bearbeitet werden, unter anderem nach der Methodik des Design Thinking.

Die Präsentation über das Bildungsfestival wird verschickt werden. [Vorschlag Frauke: alle Elternvertreter können sie an die Schulen zur Weiterleitung an alle Lehrer und an die SER senden, falls Eltern eine Session vorschlagen möchten]

Orga:

Kernteam: Frau Kleeberg, Herr Welp, 2 weitere Mitarbeiter

Planungsgruppe: Kernteam plus diverse Interessierte, z. B. Universität, Netzwerke, etc.

Anmerkung, dass bei dem Vorgehen „jeder kann eine Session vorschlagen“ eher das Zufallsprinzip zum Tragen kommen könnte, was dann tatsächlich bearbeitet wird.

Antwort: Es werden auch gesteuerte Sessions durch die Organisatoren vorgegeben und vorbereitet. Es gab bereits mehrere Workshops der Planungsgruppe. Diese hat bestimmte Themen bereits vorgegeben: z. B. Inklusion, Diversität, Digitalisierung, etc.

Ratsfrau Mohammed Ali: Da Inhalte Ländersache sind, wie kann die Stadt dann dafür sorgen, dass die Ergebnisse in die Arbeit an Schulen einfließen? Antwort: Die Themen werden so ausgewählt werden, dass sie für die Stadt umsetzbar sind.

Ratsherr Wenzel, Grüne meint, dass dies eine gute Idee ist und an die Zusammenarbeit mit Fridays for Future erinnert – Kooperation mit jungen Menschen, Kommune und Experten, um gemeinsam an der Zukunft zu arbeiten. Allerdings erinnert er an den Ideenwettbewerb der Stadt 2021, aus dem auch viele gute Ideen hervorgegangen sind, ohne dass eine einzige verfolgt wurde. Wie wird sichergestellt, dass dieses Mal die Ideen weiterbearbeitet werden?

Antwort: Gebe Ihnen recht in Bezug auf Ideenwettbewerb. Aber soll man deshalb nach dem ersten Versuch aufgeben oder daraus lernen und es beim zweiten Mal besser machen? Die Prozesse zur informellen Beteiligung sollen verbessert werden.

TOP 13 Bericht der AG Inklusion

Anmerkung und Nachfrage, warum die UnterAG „Inklusion an Oldenburger Gymnasien“ die Arbeit eingestellt hat. Antwort: Alle Gymnasien haben Inklusionsbeauftragte, die sich untereinander treffen.

Vertreterin der Lehrkräfte Frau Bulthaupt zitiert den Leiter einer OBS: „es fehlt im Kollegium die Kraft, alles, was erwartet wird, zu stemmen.“ Sie berichtet, dass alle Kollegen der IGS und OBS im Bericht fehlen. Alle Gruppen werden erwähnt, aber nicht die Lehrer, die viel leisten.

Anmerkung: Vorsicht, hier sollte sich der Ausschuss nicht verzetteln, denn es geht wieder um die Differenzierung zwischen Aufgaben des Landes und des Schulträgers. In der Stadt Oldenburg wurde die Förderschule abgeschafft, was zu einer hohen Mehrbelastung der Lehrer geführt hat. Dies ist zwar auch ein landespolitisches Thema, aber die Umsetzung erfolgte durch die Stadt.

Ratsfrau Hufeland stimmt Frau Bulthaupt zu – das Thema Inklusion muss mehr in den Vordergrund geholt werden und sie bittet die Verwaltung darum, um Berichte aus den Schulen einzuladen. Vorschlag der Verwaltung: Einladung auch zu berichten, was bereits gut klappt.

TOP 14.1 / TOP 14.2 – bereits abgearbeitet

Ratsherr Wenzel, Grüne, merkt an, dass er Zahlen vermisst. Beispiele: Wie qualifiziert sind Ganztageskräfte, z. B. in Bezug auf Inklusion? Wie viele Schüler kommen auf einen Lehrer an welcher Schul(form)? Wie viele Lehrer sind Quereinsteiger? ...Förderprogramm des Bundes – wurde es beantragt?

Antwort der Verwaltung: Die meisten Daten, die Herr Wenzel anspricht, darf die Stadt nicht erfragen. Die Hoheit darüber liegt beim Land.

Bei allen Themen, die der Schulträger steuern kann, liegt kein Erkenntnisdefizit vor. Wenn doch, wäre dies extrem selten. Es werden umfassende Statistiken erhoben.

Bundesförderprogramm: Teilnahme wurde geprüft und verworfen, weil 2 FTE geschaffen werden müssten, die auch nach Auslaufen des zeitlich befristeten Programmes weiter von der Stadt vorgehalten und finanziert werden müssten. Außerdem müsste die Stadt bei den Schulen Anfragen stellen, die die administrative Belastung der Schulen weiter vergrößern würden.

Ratsfrau Mohammed Ali meint, dass es dennoch gut wäre, selbst Zahlen vorliegen zu haben, selbst wenn man diese beim Land erfragen müsste.

Frau Sachse widerspricht vehement. Das Amt hat Aufgaben, diese werden vollumfänglich erfüllt. Das Amt stimmt alle Themen mit Berührungspunkten zum Land mit diesem ab. Aber das Amt wird NICHT Aufgaben des Landes übernehmen.

TOP 14.3 Vandalismus

Schulamt ist nur während der Schulzeit zuständig. Außerhalb der Unterrichtszeit EGH. Zwei Anträge auf Video-Überwachung in Fahrradkellern werden momentan bearbeitet.

EGH hat die Schäden an der IGS Flötenteich exemplarisch berechnet. 2019-2021 ca 15.000 €, dazu Kosten für den Hausmeister.

EGB und Amt für Schule und Bildung haben bereits das Rechtsamt eingeschaltet um Videoüberwachung zu prüfen am Beispiel Mahntafel am PFL. Dies ist kein triviales Anliegen. Zunächst müssen mehrere Ämter zusammenarbeiten. Dann müssen viele organisatorische Fragen geklärt werden, z. B. wer die Videoaufnahmen auswertet. Hier ist vor allem eine politische Diskussion notwendig.

CDU wird dies in der Fraktion diskutieren.

Das Thema wird später wieder berichten, die Verwaltung braucht zunächst Zeit zur Bearbeitung der vorliegenden Anträge.

TOP 15 Anfragen und Anregungen

Ratsherr Wenzel, Grüne, regt eine Kommunalrichtlinie zur Einführung von Energiesparmaßnahmen an. Wäre diese interessant für Oldenburger Schulen? Könnten die Leistungsempfänger die Schulen sein?

Herr Bücher wertet dies als eine gute Anregung, verweist jedoch an den Ausschuss für Klimaschutz und Mobilität.

Schule ohne Rassismus. Ausschuss soll zu einer Sitzung einladen. Antwort der Verwaltung: Es gibt bereits neun Schulen in Oldenburg mit diesem Siegel. Zur nächsten Sitzung wird eine Vorlage erstellt mit einer Liste dieser Schulen. Es wird eine allgemeinbildende Schule eingeladen werden (OBS Ofenerdiek) und eine BBS (BBS3).

Elternvertreterin Frauke van Geuns fragt, wie sich die Stadt auf die zu erwartenden Flüchtlinge aus der Ukraine vorbereitet, insbesondere Beschulung, z. B. Sprachlernklassen. Frau Sachse bittet um Geduld, die Stadt wird Pläne erarbeiten, man habe Erfahrung aus 2015/16 und könne auf die dort erstellten Strukturen und Erfahrungen zurückgreifen.

Die öffentliche Sitzung endet hier.